

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Bezugspreis: monatlich 2.80 M., vierteljährlich 8.40 M., durch die Post 4.70 bezw. 14.10 M. Beleggeld wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streit, Kündigung, Betriebsstörung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugs.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Verhöden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistraße 11. Druck: Nr. 1015 und 1016. — Anzeigenpreis: Die 31 mm breite Anzeigenzeile 60 Pf., die 32 mm breite Anzeigenzeile 70 Pf. außerhalb: 75 Pf. bezw. 4. — Ausland 2. — bezw. 6. — M. Abatit H. Tarif. Sonderbeilagen 15 M. pro 1000.

Nummer 456

Mittwoch, 29. September 1920.

74. Jahrgang

Kartoffelkonferenz in Berlin.

Ende des Kartoffelkrieges?

Zur Beilegung der brennend gewordenen Frage der Kartoffelversorgung fand gestern in der Reichskartoffelstelle in Berlin unter der Leitung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft eine Versammlung statt, an der neben Vertretern der Zentral- und Provinzialverbände Vertreter der Landwirtschaft, der Kommunalverbände, des Handels und eine sehr große Anzahl Vertreter der zentralen Gewerkschaftsverbände (Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund, Verband der Christen- und Dönerischen und der christlichen Gewerkschaften, Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter) teilnahmen. In vielstündigen Verhandlungen legten die Vertreter der einzelnen Gruppen ihre Vorstellungen und Wünsche, die sie bezüglich der Kartoffelversorgung und der Gestaltung der Preise haben, dar. Trotz unvorhergesehenen weit auseinanderstrebenden Meinungen herrschte doch anlässlich der großen politischen und wirtschaftlichen Bedeutung dieser Frage letzten Endes darüber Einigkeit, daß ein Weg zur Verständigung und beiderseitigen Entlastung gefunden werden müsse. In einer zu diesem Zweck eingesetzten Unterkommision, in der alle Gruppen vertreten waren, wurden unter Berücksichtigung der in der allgemeinen Debatte gewonnenen Ergebnisse folgende

Richtlinien

für die Kartoffelversorgung übereinstimmend festgesetzt:

1. Am freien Handel soll ein Erzeugerpreis von 25 Mark für den Zentner für Herbstkartoffeln nicht überschritten werden. Wo es die Kosten der örtlichen Produktion gestatten, soll angesetzt werden, diesen Preis so weit wie möglich unter diese Grenze zu senken.

2. Es sollen sofort durch das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die maßgebenden Stellen veranlaßt werden, unverzüglich für die einzelnen Produktionsgebiete Verhandlungen zwischen Erzeuger- und Verbraucherorganisationen herbeizuführen, um die Versorgung der Bevölkerung auf der in Ziffer 1 angegebenen Grundlage sicherzustellen. Dabei muß der unmittelbare Zwischenhandel zwischen Verbrauchern und Erzeugern ausgeschaltet werden. Der Handel wird sich mit einer möglichst geringen Gewinnspanne begnügen.

3. Bei den Verhandlungen ist auszuwirken, daß von den Lieferungsorganisationen die Lieferung bestimmter Mengen zu einem örtlich zu vereinbarenden Preise vertragsmäßig übernommen wird.

4. Die auf Grund der Verordnung vom 4. Mai d. J. abgeschlossenen Lieferungsverträge bleiben in Kraft.

Die an der Versammlung beteiligten Spitzenorganisationen erklären sich bereit, auf ihre Organisationen einzuwirken, für die Durchführung der vorstehenden Richtlinien mit allem Nachdruck einzutreten. Die Reichsregierung erklärt sich ihrerseits bereit, insbesondere für den unverzüglichen Abschluß der vorgesehenen Vereinbarungen sich einzusetzen. Um unzulässigen Preisstreben zu begegnen, erklärt sich die Reichsregierung auf Wunsch der Gewerkschaften weiter bereit, den Regierungen der Länder die Konzeptionsierung des Kartoffelhandels dringend zu empfehlen.

Auf Grund des Versammlungsergebnisses glaubt die Reichsregierung auf die Überzeugung sämtlicher Organisationen rechnen zu können, daß fortan die Kartoffelversorgung der Bevölkerung in ruhiger und alle Teil betrieblender Weise erfolgt.

Preussische Landesversammlung.

Eine Debatte über die Zwangswirtschaft.

Zur Vergütung in der gestrigen Sitzung der Landesversammlung fanden Anfragen über die Erzeugerpreise, die freie Abgabe wirtschaftlicher Erzeugnisse, die Förderung des Ackerbaubaus, die Aufhebung der Zwangswirtschaft und über die Befreiung der Landwirtschaft mit Rücksicht auf die Beratungen über die Anfragen führten zu einer Debatte über die Zwangswirtschaft. Von sozialdemokratischer Seite wurde gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft gesprochen. Demgegenüber verwies der deutsche nationale Redner v. d. Osten auf die Ausführungen des preussischen Landwirtschaftsministers, des Sozialisten Braun, der seinerzeit erklärte, es sei ein Irrtum, zu glauben, daß die Zwangswirtschaft einen Abbau der Preise ermögliche. Der Redner der Deutschen Volkspartei forderte eine scharfe Überwachung der Transporte durch die Regierung zur Verhinderung von Kartellabschlüssen. Der Demokrat Behrmann trat für die unbedingte Einhaltung der einmal abgeschlossenen Lieferungsverträge ein. Der Vertreter der Regierung wies darauf hin, daß besonders von den Konsumvereinen die Freigabe von Reis und Kartoffeln gefordert worden sei. Sämtliche bürgerlichen Parteien nahmen zugunsten der Aufhebung der Zwangswirtschaft Stellung.

Einspruch des obererschlesischen Zentrums.

Dr. Breslau, 28. Sept.

Auf dem Parteitag des obererschlesischen Zentrums wurde, wie die „Schlesische Volkszeitung“ meldet, folgende Entschliessung einstimmig gefasst:

An dem Erlass vom 31. August an die obererschlesischen Diözesanen bedauert der Hochwürdigste Fürstbischof, daß es ihm nicht möglich sei, nach Oberschlesien zu kommen. Wer wagt es, so fragt das aläubige katholische Volk Oberschlesiens, unseren Oberhirten von Oberschlesien, diesen wichtigsten Teil seiner Diözese fernzuhalten, zumal in einer Zeit, in der der heilsame Einfluß des Bischofs auf seine Diözesanen besonders notwendig ist? Aus welchem Grunde wehrt man dem Bischofe die Einreise nach Oberschlesien? Es gibt kein Interesse, das dazu berechtigt, den Hirten von der Herde fernzuhalten. Namens des katholischen Volkes Oberschlesiens, soweit es nicht nationalitätlich verhebt worden ist, und ihm noch nicht die Nationalität über die Religion geht, erheben wir klammernden Einspruch gegen jeden Versuch, unseren Oberhirten von seinen obererschlesischen Diözesanen fernzuhalten als gegen einen schweren Einschnitt in die religiöse Freiheit, der an die schlimmsten Zeiten des Kulturkampfes erinnert. Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß unser Hochwürdigster Fürstbischof bald wieder in Oberschlesien seines oberhirtlichen Amtes wird walten können.

Oberschlesiens Selbständigkeitswünsche.

Breslau, 28. Sept. Der Parteitag der katholischen Volkspartei (Zentrum) fordert in einer Entschliessung erneut die bundesstaatliche Selbständigkeit Oberschlesiens innerhalb der deutschen Reichseinheit. Es heißt darin: Die bundesstaatliche Selbständigkeit ist notwendig, um die Gleichberechtigung für die deutsch- und polnischsprachige Bevölkerung durchzuführen.

Einsichtige Arbeiter.

Die Vergarbeiter des Zwickauer Reviers, des Leisnitzer Reviers und des Plauenischen Grundes haben die Regierung wissen lassen, daß sie zur Herbeiführung gesunder Wirtschaftsverhältnisse möglichst grundsätzlich auf weitere Lohnforderungen verzichten wollen, doch verlangen sie den Preisabbau aller lebenswichtigen Gegenstände.

Die Brüsseler Finanzkonferenz.

Die Rede des deutschen Vertreters.

Gestern nachmittag sprach auf der Brüsseler internationalen Finanzkonferenz der deutsche Delegierte Staatssekretär Bergmann. Seine Ausführungen geben wieder, was in der bereits veröffentlichten deutschen Denkschrift über die Finanzlage Deutschlands gesagt ist. Einen Teil der Denkschrift haben wir gestern schon gebracht. Zum Schluß wird in der Denkschrift besonders der Ein- und Ausfuhrhandel besprochen und auf die riesige Mehreinfuhr im Jahre 1919 (über 22 Milliarden) hingewiesen, ferner auf die Gefahren einer allzu hohen Ausfuhr bei gesunkenem Marktwert, wodurch im vergangenen Frühjahr der sogenannte deutsche Ausverkauf entstand. Die Entwertung der Mark, so erklärte der deutsche Delegierte in seiner Rede, trage die Schuld an dem schnellen und hohen Aufschwung unserer Ausgaben. In der Bekämpfung sei Deutschland bereits bis an der Grenze des Möglichen angekommen. Die finanzielle Lage Deutschlands sei jedoch nicht als verzweifelt zu bezeichnen. Der Wille zur Arbeit und die Rückkehr zur Ordnung zeige sich überall wieder.

Ueber den Eindruck der deutschen Darlegungen in der gestrigen Sitzung der Brüsseler Finanzkonferenz meldet der Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“, er glaube sagen zu dürfen, daß die nüchternen, klaren und ruhigen Art der Ausführungen Bergmanns auf allen Seiten der Konferenz einen segensreichen Eindruck gemacht hätte, wie man überhaupt sagen könnte, daß eine entspannte Stimmung auf der Konferenz vorhanden sei.

Havas bemerkt zur Rede Bergmanns, es sei nur gerecht, anzuerkennen, daß sie einen günstigen Eindruck gemacht habe. Man wolle an den Darlegungen des deutschen Delegierten nicht zweifeln.

Der amerikanische Vertreter.

Die Vereinigten Staaten sind, wie Havas feststellt, auf der internationalen Finanzkonferenz durch den Delegierten Gunden vertreten. Er soll jedoch nach dem Austritt von seiner Regierung sich nicht an den Debatte und Entschliessungen beteiligen, sondern nur der Konferenz beizuhören, um sich zu informieren. Das hindert ihn jedoch nicht, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. So erklärte der amerikanische Delegierte u. a., daß er in der Konferenz einen Erfolg sehe, weil sie zum ersten Male die ehemaligen gegnerischen Nationen zu einer friedlichen Beratung zusammengeführt habe. Was die Hoffnungen Europas auf amerikanische Kredite angeht, so könne er wenig Aussichten auf ihre Erfüllung machen, dies umso weniger, als Europa die wesentlichste Voraussetzung des amerikanischen Privatkapitals nicht biete, nämlich Sicherheit und Frieden. Erst dann könne Europa auf Amerikas Unterstützung rechnen. Borch aber sei es auf seine eigene Hilfe angewiesen. Die Konferenz könne kein Alibi gegen die Reichen der Gegenwart finden.

Der amerikanische Vertreter betonte, daß der Sieger dem Besiegten helfen müsse.

Bolschewikenaufstand in Mexiko.

Mex. Paris, 29. Sept.

Wie die „Chicago Tribune“ aus Mexiko meldet, in es in der Stadt zu bolschewistischen Unruhen gekommen. Die bolschewistischen Agitatoren haben den Nationalpalast gesäubert und hielten vom Balkon Reden an die nach Tausenden zählende Menge. Der Nationalpalast war mit roten Fahnen geschmückt worden. Die Reden wurden mit großem Beifall aufgenommen. U. a. wurde in den Reden gefordert, die Zeitungen in die Luft zu sprengen. Von allen Teilen des Landes sind Truppen nach der Stadt beordert worden, um die Unruhen niederzudrücken. Die Lage ist sehr ernst und wird noch durch die Tatsache verschlimmert, daß der Präsident Huerta erkrankt ist.

Beschlagnahme russische Kronjuwelen.

Mex. Paris, 29. Sept.

Nach einer Meldung des „Matin“ aus London wurden 14 Kisten, die Juwelen enthielten und an den Gesandten Moskau in Washington gerichtet waren, von der amerikanischen Zollbehörde beschlagnahmt. Die Kisten waren in einem skandinavischen Hafen an Bord gebracht worden. Eine der Kisten enthielt allein 100 Diamanten.

Neue Störung der Verhandlungen von Riga.

Kopenhagen, 29. Sept. Aus Riga wird berichtet, daß der militärische Sachverständige Sowjetrusslands bei den finnisch-russischen Friedensverhandlungen, General Polikowanow, plötzlich sehr schwer erkrankt ist. Polikowanow war früher Kriegsminister unter dem Zaren und ist jetzt eine der festesten Stützen der Bolschewiken.

Das neue Agrarprogramm der Sozialdemokratie.

Das neue, schon angekündigte Agrarprogramm der Sozialdemokratie hat der Agrarabteilung der Partei in einer Entschliessung niedergelegt, die an den Parteitag gehen wird und der wir die nachstehenden Sätze als besonders kennzeichnend entnehmen:

Die zur Gemeinwirtschaft reifen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind zu sozialisieren. Die übrigen Betriebsverhältnisse sind nicht zu ändern. Nichtbearbeitung sowie unwirtschaftliche Verwertung und Raubbau des Bodens hat die Enteignung nach sich zu ziehen. Jede Spekulation mit land- und forstwirtschaftlichem Grundbesitz ist zu unterbinden. Der Handel mit land- und forstwirtschaftlichem Grundbesitz ist zu sozialisieren. Die Siedlungspolitik ist zu fördern. Die Produktion und Verteilung der für die landwirtschaftliche Erzeugung notwendigen Maschinen, Werkzeuge, Roh- und Hilfsstoffe, besonders der künstlichen Düngemittel und der Kohlen, ist zu sozialisieren. Die Aufschaltung des Zwischenhandels mit landwirtschaftlichen Produkten ist zu beschleunigen. Die enge Zusammenarbeit der Großverbraucher mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften ist aufs Lebhafteste zu begünstigen. Die Kleinbauern, Pächter und landwirtschaftlichen Arbeiter sind gegen Überarbeit und Unfallgefahr zu schützen. Ihnen ist eine gesunde Nahrung und befriedigende Lebenshaltung zu sichern. Sozialversicherung aller Zweige des land- und forstwirtschaftlichen Berufsstandes. Die Aufklärung der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung hat unter Festhaltung unserer Parteigrundzüge zu geschehen.

Die preussischen Wahlschieber.

Durch Besprechungen unter den Mehrheitsparteien der Landesversammlung sind gestern die letzten Hindernisse aus dem Wege geräumt worden, die der Verabschiedung des preussischen Verfassungsvorlages durch die Mehrheit der Sozialdemokraten, der Demokraten und des Zentrums noch im Wege standen. Wenn auch — so sagt der „Vorwärts“ — die formelle Zustimmungserklärung der Fraktionen noch aussteht, so kann doch die Einigung als vollständig betrachtet und angenommen werden, daß die ganze Verfassung mit allen ihren Bestimmungen von den gleichen Mehrheitsparteien und ohne weitere Verzögerung angenommen wird. Die letzten Schwierigkeiten bot die Autonomiefrage; sie wurden überwunden, indem sich die Mehrheitsparteien auf gewisse Entzifferungen einigten.

Ueber die Dauer der Tagung der preussischen Landesversammlung wird der Reichsrat entscheiden. Die Mehrheit der Blätter nimmt an, daß an Neuwahlen in diesem Jahre nicht mehr gedacht werden könne. Aber Wahrscheinlichkeit nach werde die Landesversammlung versuchen, außer der Verfassung und dem Wahlgesez auch die Befolgungsvorlage und den Etat des laufenden Finanzjahres zu verabschieden.

